



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24. September 2014

Antrag:

Die Situation der Flüchtlinge verbessern I München setzt sich für Änderungen zur Erleichterung der Arbeitsaufnahme ein

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich in allen geeigneten Gremien, u.a. über den Bayerischen und den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen auf Länder- und Bundesebene dahingehend verändert werden, dass

- die zeitnahe Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ermöglicht wird,
- Jugendlichen die Chance auf eine Berufsausbildung eröffnet wird.

Es wird darauf hingewirkt, die Verwaltungspraxis des Freistaats und der Landeshauptstadt München dahingehend zu ändern, dass auch tatsächlich – wie in § 5 AsylbLG vorgesehen – angemessene Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Das derzeit gültige Aufenthaltsrecht verwehrt es Flüchtlingen, aktuell vor allem den Flüchtlingen aus den Kriegsgebieten Syrien/Irak und Nordafrika, zeitnah eine sinnvolle Arbeit aufzunehmen.

Flüchtlinge leiden verstärkt darunter, dass sie in ihren Unterkünften nur herum sitzen können, und dies nicht nur monatelang, sondern teilweise sogar über Jahre. Dies ist nicht nur eine menschliche Tragödie, sondern dabei bleiben auch die vielfach vorhandenen hohen Qualifikationen brach liegen bzw. verkümmern.

Gerade Jugendliche, die einerseits oftmals hochgradig traumatisiert sind, andererseits aber eine große Motivation mitbringen, mit und in ihrem „neuen Leben“ etwas Sinnvolles anzufangen, dürfen nicht zum Herumlungern verdammt werden. Auch die Bayerische Wirtschaft – auf die Stellungnahme des BIHK, Bayerische Industrie- und Handelskammertags (dpa-Meldung in der SZ vom 18.09.14), sei verwiesen – betont, dass jugendlichen Flüchtlingen die Chance auf eine Berufsausbildung zu eröffnen sei und dafür das Aufenthaltsrecht geändert werden müsse.

Auch auf der Tagung der vbw, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, am 18. September in München wurde festgestellt, dass in einer offenen Gesellschaft alles in unseren Kräften stehende getan werden muss, um Menschen, die aus Not oder politischen Gründen bei uns Zuflucht suchen, bei uns auch in das Arbeitsleben zu integrieren.

Initiative: Cetin Oraner (DIE LINKE)

unterstützende Stadtratsmitglieder: Sonja Haider (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 174 – 176 • 80331 München

ÖDP: Telefon: 089/ 233 – 259 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 – 281 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de